

Meldungen

Neuer Nacht-Anflug soll Lärm mindern

Leipzig (dpa) • Frachtflugzeuge fliegen den Airport Leipzig/Halle nachts künftig in einem neuen Verfahren an. Das „Point Merge“ genannte Prozedere soll eine Lärmentlastung für die Städte Leipzig und Halle bringen, teilte die Deutsche Flugsicherung (DFS) am Donnerstag mit. Die Flugzeuge sollen künftig in größerer Flughöhe als bisher für den Anflug sortiert werden. Dadurch soll weniger Fluglärm zum Boden gelangen. „Point Merge“ werde zwischen 22 Uhr und 2 Uhr eingesetzt, wenn rund 60 Frachtmaschinen in Leipzig/Halle ankommen. Der Betrieb solle am morgigen Sonnabend beginnen.

Sachsen-Anhalter arbeiten mehr

Halle (dpa) • Die Sachsen-Anhalter haben laut Statistik etwas mehr gearbeitet. Die Pro-Kopf-Arbeitszeit der rund eine Million Erwerbstätigen im Land stieg im vergangenen Jahr um zwei auf 1422 Stunden, wie das Statistische Landesamt am Donnerstag mitteilte. Sie lag damit über dem Bundeschnitt von 1366 Stunden. Gleichzeitig sei das gesamte Arbeitsvolumen im Land um 0,5 Prozent auf 7,7 Millionen Stunden gesunken. Hauptgrund für den Rückgang ist, dass 6800 Menschen weniger arbeiteten als 2013 (minus 0,5 Prozent).

5800 Flüchtlinge besuchen Sprachkurse

Halle (dpa) • Die von der Bundesagentur für Arbeit geförderten Sprachkurse für Flüchtlinge werden in Sachsen-Anhalt rege genutzt. Derzeit besuchen 5800 Frauen und Männer die Kurse, teilte die Regionaldirektion Sachsen-Anhalt/Thüringen am Donnerstag in Halle mit. Fast die Hälfte der Teilnehmer seien jünger als 25 Jahre, 16 Prozent seien Frauen. Die Schüler erwerben in bis zu 20 Stunden Grundkenntnisse der deutschen Sprache.

EU-Ausschuss zu VW-Abgaskandal

Straßburg (AFP) • Im Europaparlament soll ein Untersuchungsausschuss Licht in die Hintergründe des von Volkswagen ausgelösten Abgas-Skandals bringen. Einem Vorschlag der Fraktionschefs stimmte das Plenum des Parlaments am Donnerstag in Straßburg zu. Der Ausschuss soll klären, welche Fehler auf EU-Ebene und auf nationaler Ebene gemacht wurden, die den jahrelangen Betrug von VW ermöglichen. Für den Ausschuss votierten 354 Abgeordnete, 229 Parlamentarier stimmten dagegen.

Rückwirkende Anschlussbeiträge sind rechtswidrig

Urteil des Bundesverfassungsgerichtes für Cottbuser Grundstücksbesitzer / Auswirkungen auf Sachsen-Anhalt

Cottbus (dpa) • Zwei Cottbuser Grundstücksbesitzer dürfen nach einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes nicht rückwirkend für Abwasseranschlüsse aus DDR-Zeiten zur Kasse gebeten werden. Entsprechende Entscheidungen des Oberverwaltungsgerichtes Berlin-Brandenburg seien damit aufgehoben, teilte das Gericht am Donnerstag in Karlsruhe mit. Die Auswirkungen auf andere Fälle sowie auf die finanzielle Situation der Abwasserzweckverbände und der Kommunen sind derzeit noch unklar.

Die beiden Cottbuser Grundstücksbesitzer sollten auf der Grundlage eines neu gefassten Gesetzes aus dem Jahre 2004 rückwirkend zahlen. Aus Sicht des Gerichts ist das jedoch unzulässig. Das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg kündigte an, mögliche Konsequenzen für andere Fälle zu prüfen.

Der Brandenburger Landeswasserverbandstag, der die öffentlich-rechtliche Wasserwirtschaft und ihre Unternehmen vertritt, hält Konsequenzen in Fällen für möglich, in denen Betroffene Widerspruch eingelegt

haben. Der Verband Berlin-Brandenburgische Wohnungsunternehmen rechnet damit, dass zu Unrecht erhobene Beiträge für die Anschlüsse für Trink- und Abwasser wieder erstattet werden. Allein von den Mitgliedsfirmen seien Beitragszahlungen in Höhe von 60 Millionen Euro bekannt. Der Verband geht davon aus, dass Widerspruchverfahren nun entsprechend dem Karlsruhe Beschluss entschieden werden.

Der Präsident des sachsen-anhaltischen Landesverbandes Haus und Grund, Holger

Neumann, geht davon aus, dass dieses Urteil grundlegende Auswirkungen auf die Rechtsprechung in Sachsen-Anhalt haben wird. „Auch wenn noch Details zu prüfen seien, werde das Oberverwaltungsgericht mit seiner bisherigen Rechtsprechung einiger Schwierigkeiten bekommen“, so Neumann gegenüber der Volksstimme. Er rät - abweichend von der bisherigen Praxis - vorsorglich Widerspruch einzulegen gegen die derzeit von Wasser- und Abwasserverbänden verschickten Bescheide.



Bürger wehren sich gegen rückwirkend erhobene Anschlussbeiträge für Trink- und Abwasser. Foto: dpa

Studie: Hartz IV reicht nicht aus für Stromkosten

Berlin (AFP) • Die staatlichen Leistungen für Hartz-IV-Empfänger reichen laut Daten der Caritas und des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) nicht aus, um die Stromkosten zu decken. Abhängig von der Größe eines Haushalts fehlten Beziehern von Arbeitslosengeld II monatlich fünf bis elf Euro im Budget für Strom, erklärte die Caritas am Donnerstag in Berlin.

Diese Summen seien nicht durch den Regelsatz abgedeckt. Noch größer sei die finanzielle Lücke in Haushalten, die ihr warmes Wasser mit einem Boiler erhitzen. Hier fehlten im Schnitt neun bis 19 Euro monatlich gegenüber den derzeit geltenden Pauschalen für Warmwasser.

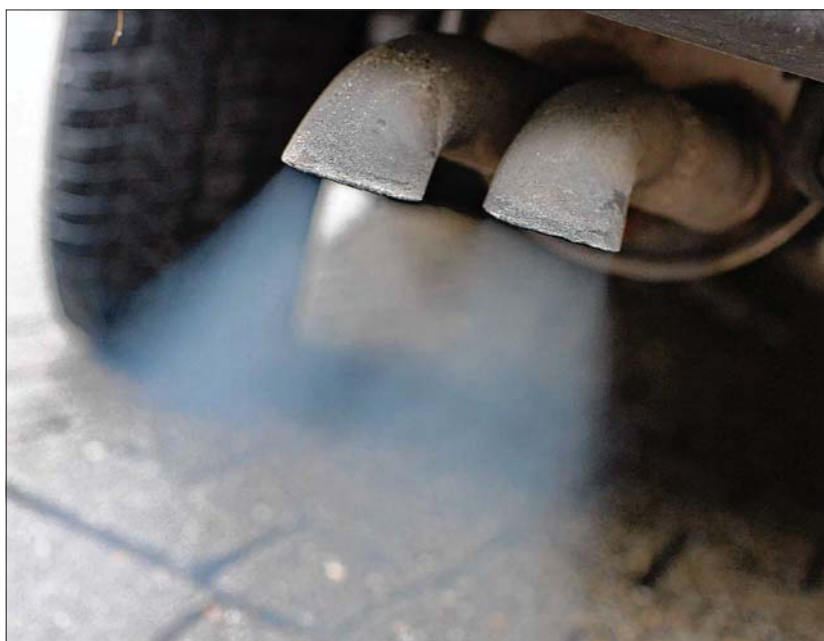
„Es kann nicht sein, dass Alleinlebende und Familien, die von Arbeitslosengeld II leben müssen, ihre Stromkosten dadurch finanzieren, dass sie an der Kleidung oder am Essen sparen“, erklärte Caritas-Präsident Peter Neher. Im schlimmsten Fall sähen sie sogar im Dunkeln, wenn ihnen der Strom abgestellt würde.

Neher forderte eine Neuberechnung des Stromanteils in den Regelsätzen, der sich an der tatsächlichen Lage der Menschen orientiere. Auch die Pauschalen für die zentrale Warmwasseraufbereitung müssten dringend erhöht werden. Die Bundesregierung habe bei der in den kommenden Wochen anstehenden Neuberechnung des Regelbedarfs die Chance, hier eine „dringende notwendige Korrektur vorzunehmen“. Die Caritas und Zentrum für europäische Wirtschaftsforschung werten Daten aus, die bei Energieberatungen erhoben wurden.

Bundesamt will Diesel verbannen

Behörde fordert Abschaffung von Steuervergünstigungen / Umweltverbände machen Druck

Im Diesel-Abgaskandal verschärft sich der Ton zwischen Umweltverbänden und Automobilindustrie. Die Verbände fordern realistischere Prüfverfahren auf der Straße. Den Behörden werfen sie Intransparenz und Mautscheleien vor.



Abgase strömen aus dem Auspuff eines Fahrzeuges mit Dieselmotor. Die Umweltverbände machen nach dem VW-Dieselskandal jetzt Druck auf die Automobilindustrie. Foto: dpa

Berlin (epd) • Im Diesel-Abgaskandal wächst der Druck auf Autohersteller und Behörden. Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) setzte am Donnerstag der Automobilindustrie ein Ultimatum bis Jahresende: „Wir wollen wissen, ob sie ab 2016 bereit ist, die für den US-Markt entwickelte Abgasreinigungstechnik freiwillig auch in deutsche Diesel-Pkw einzubauen.“ Andernfalls werde die Umwelthilfe im nächsten Jahr eine „absolute Anti-Dieselskampagne“ fahren, kündigte DUH-Bundesgeschäftsführer Jürgen Resch an. Fahrverbote für bestimmte Diesel-Pkw seien dann unausweichlich, sagte er unter Hinweis auf Klagen der DUH in 14 deutschen Städten auf Einhaltung der Emissionsgrenzwerte.

Gemeinsam mit weiteren Umwelt-, Verkehrs- und Verbraucherschutzverbänden forderte die Umwelthilfe am Donnerstag auch eine andere Zulassungspraxis für Pkw. In einem gemeinsam präsentierten Konzept schlagen BUND, Greenpeace, Naturschutzbund (Nabu) und Verkehrsbund Deutschland (VCD) in Anlehnung an die US-amerikanische Praxis eine Kombination aus Herstellererklärung, unabhängigen Abgasmessungen im Straßenbetrieb und empfindlichen Strafen für die Autobauer bei Verstößen vor. Das bisherige Modell der Abgasmessungen in Prüfständen habe ausgedient, sagte der Nabu-Verkehrsexperte

Dietmar Oeliger: „Die tatsächlichen Emissionen werden in den Prüfständen nicht gemessen.“

Neue stichprobentartige Abgasmessungen

Zentraler Punkt sei, die Fahrzeuge künftig mit einem portablen Messgerät auf der Straße zu prüfen und sie aus der Bestandsflotte zu nehmen, sagte DUH-Verkehrsexpertin Dorothee Saar. Auch müssten die Prüfungen durch eine unabhängige Behörde wie das Umweltbundesamt (UBA) durchgeführt werden und nicht wie bisher durch die Zulassungsbehörde. Bedingung sei zudem, dass alle Messdaten offen gelegt werden. Bislang hält das Kraftfahrzeugbundesamt Messdaten noch häufig unter Verschluss. Umgesetzt werden könne das neue Prüfverfahren innerhalb von zwei Jahren.

Auch die Präsidentin des Umweltbundesamtes, Maria Krautzberger, fordert neue stichprobentartige Abgasmessungen, um zu prüfen, ob die Grenzwerte auch von nachgerüsteten Autos im Fahrbetrieb eingehalten werden. Grundsätzlich sprach sich

Krautzberger für eine grundlegende Neuorientierung in der Verkehrspolitik aus. Vor allem in Städten müsse auf umweltgerechte Verkehrsmittel umgestiegen werden, sagte die UBA-Chefin am Donnerstag in Berlin.

Nötig sei eine Kehrtwende wegen der zu hohen Werte von Stickstoffdioxid (NO₂), die vor allem durch Diesel-Fahrzeuge verursacht werden. Die UBA-Präsidentin forderte die Abschaffung von Steuervergünstigungen für Dieselfahrzeuge und appellierte an die Kommunen, schmutzige Diesel aus den Städten zu verbannen. Bei

60 Prozent der bundesweiten 140 Messstellen wurden regelmäßig Stickstoffdioxid-Werte festgestellt, die über dem zulässigen NO₂-Jahresmittelwert von 40 Mikrogramm pro Kubikmeter Luft lagen.

Die Umweltverbände sehen für die Diesel nur eine Zukunft, wenn er sauberer wird, hieß es am Donnerstag. Die Technologie dafür sei vorhanden, sie müsse von den Herstellern genutzt werden. Selbst bei der bislang strengsten Abgasnorm Euro 6 stoße ein Diesel genauso viel Stickstoffdioxid aus wie vergleichbar 100 Benziner.

Börse

DAX table with columns for stock names and prices. Includes entries like Allianz, Bayer, BASF, etc.

TecDAX table with columns for stock names and prices. Includes entries like Adia AG, Autron AG, BECHTEL, etc.

SDAX table with columns for stock names and prices. Includes entries like Grenke Leasing, Harbinger Reit, Heideberger Druck, etc.

Dollar je Euro table with columns for currency names and rates. Includes entries like Grenke Leasing, Harbinger Reit, Heideberger Druck, etc.

Table with columns for company names and prices. Includes entries like VWG, Wacker Neuson, Zopifus, etc.

Table with columns for company names and prices. Includes entries like Leoni, Wacker Neuson, MAN, etc.

Table with columns for company names and prices. Includes entries like Globlitr, GBP, Schweiz CHF, etc.

Getungsbereich des Euro

Table with columns for country names and Euro exchange rates. Includes entries like Belgien, Deutschland, Estland, etc.

Verlierer

Table with columns for company names and prices. Includes entries like Wacker Chemie, Wacker Chemie, etc.

Devisenkurse

Table with columns for currency names and exchange rates. Includes entries like EUR, USD, GBP, etc.

Metalkurse

Table with columns for metal names and prices. Includes entries like Kupfer, Aluminium, Silber, etc.